

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1991	371
Rußland: Schwieriger außenwirtschaftlicher Neu- beginn	378

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 30/92

Berlin

23. Juli 1992

2. Ex.

59. Jahrgang

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1991

Im vergangenen Jahr haben die privaten Haushalte in Deutschland ihr Geldvermögen um 238 Mrd. DM aufgestockt; daneben flossen 47 Mrd. DM in die Eigenheimfinanzierung. Der Geldvermögensbestand erreichte am Jahresende 1991 nahezu 3,4 Bill. DM; ihm standen Verpflichtungen von 310 Mrd. DM gegenüber. Mehr als vier Fünftel des Geldvermögens waren verzinslich angelegt und erbrachten mit 177 Mrd. DM an Zinsen und Dividenden (vor Steuerabzug) eine durchschnittliche Rendite von 6,5 %. Mit 5 Mrd. DM ging nur ein geringer Teil der Vermögenseinkommen an die ostdeutschen Haushalte; diese verfügen im Durchschnitt über geringere Vermögensbestände und halten davon einen kleineren Anteil in höherverzinslichen Anlageformen als die Haushalte im alten Bundesgebiet.

Jeweils zwei Fünftel der Zinsen und Dividenden entfielen 1991 auf die Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen, ein Fünftel entfiel auf die Selbständigen-Haushalte. Im Durchschnitt bezogen diese erheblich höhere Vermögenseinkommen als die übrigen Haushaltsgruppen. Hier ist in Rechnung zu stellen, daß Selbständige — anders als Arbeitnehmer — ihre Alters- und Hinterbliebenenvorsorge traditionell durch Lebensversicherungen finanzieren; fast die Hälfte der den westdeutschen Selbständigen-Haushalten zukommenden Vermögenseinkommen sind Zinsgutschriften auf Lebensversicherungen. Die durchschnittlichen Vermögenserträge der westdeutschen Rentner- und Pensionärs-Haushalte übertrafen im Berichtsjahr die der Arbeitnehmer-Haushalte; in den neuen Bundesländern war das nicht der Fall.

Die hier vorgelegten Daten zur Geldvermögensbildung und zum Geldvermögensbestand entstammen der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank¹. Seit 1991 beziehen sich diese Daten auf die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, also West- und Ostdeutschland zusammen. Informationsgrundlagen für die Einkommensverteilung sind die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes² (für Westdeutschland) und des DIW³ (für die neuen Bundesländer). Über die Verteilung der Vermögenseinkommen auf Haushaltsgruppen gibt es keine aktuellen Informationen⁴; hier wurden frühere Berechnungen fortgeschrieben⁵.

Verfügbares Einkommen, privater Verbrauch und Ersparnis

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Gesamtdeutschland summierte sich 1991 auf 1,8 Bill. DM: In

¹ Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1989; Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1980 bis 1. Halbjahr 1990, Ergänzungslieferung. Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4. Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1991. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1992.

² Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1991 Vorbericht. Klaus Schüler/Veronika Spies: Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1991, S. 653 ff.

³ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland (als Tabellensatz vervielfältigt).

⁴ Daten aus Stichproben sind an dieser Stelle wenig hilfreich, denn Vermögenseinkommen werden dort unvollständig erfaßt.

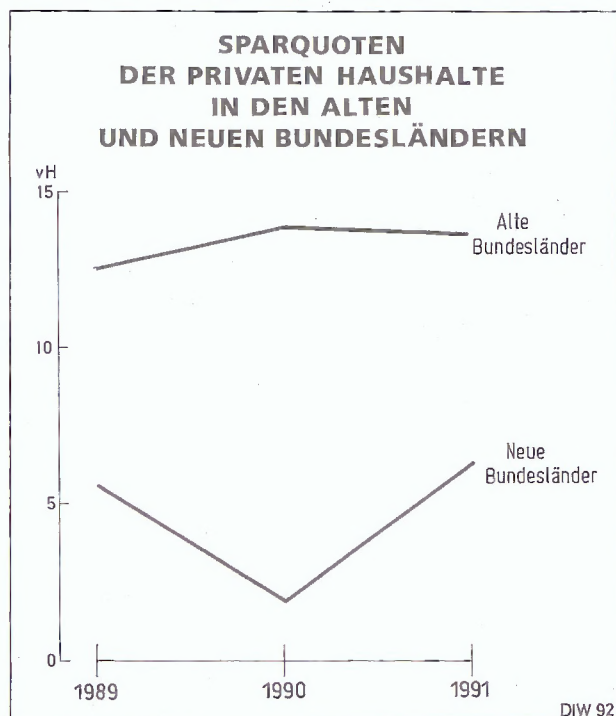
⁵ Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1990. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31/1991, S. 435 ff., sowie Klaus-Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Doris Gladisch, Ruth Grunert, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann: Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern. Beiträge zur Strukturforschung, Heft 126/1992.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ und seine Verwendung 1991

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Zusammen
in Mrd. DM			
Nettolohn- und -gehaltsumme	778,7	115,0	893,7
+ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	481,5	22,6	504,1
+ Empfangene laufende Übertragungen	405,1	80,8	485,9
– Geleistete laufende Übertragungen	42,0	4,8	46,8
– Konsumentenkreditzinsen	25,7	4,1	29,8
= Verfügbares Einkommen	1 597,7	209,4	1 807,1
– Privater Verbrauch	1 379,1	196,3	1 575,4
= Ersparnis	218,6	13,2	231,8
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Nettolohn- und -gehaltsumme	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,4
+ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	+ 7,4	+ 27,9	+ 8,1
+ Empfangene laufende Übertragungen	+ 6,9	+ 87,5	+ 15,1
– Geleistete laufende Übertragungen	+ 5,9	+ 13,4	+ 6,7
– Konsumentenkreditzinsen	+ 16,4	+ 41,4	+ 19,3
= Verfügbares Einkommen	+ 5,9	+ 25,5	+ 7,8
– Privater Verbrauch	+ 6,1	+ 19,8	+ 7,7
= Ersparnis	+ 4,3	+ 315,8	+ 8,9

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.
Quelle: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1992/1993. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26-27/1992, S. 327 ff.

den alten Bundesländern war das Einkommen um 6 vH, in den neuen Bundesländern um 26 vH höher als 1990. Besonders stark expandierten die an ostdeutsche Haushalte fließenden Transfereinkommen (Renten, Arbeitslosenunterstützung, Kurzarbeitergeld u.ä.); sie stammten zu einem großen Teil aus Westdeutschland⁶. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen entwickelten sich 1991 in beiden Teilen Deutschlands günstiger als die Löhne und Gehälter.



Für den privaten Verbrauch wurden im Berichtsjahr knapp 1,6 Bill. DM ausgegeben. Gegenüber 1990 erhöhten die westdeutschen Haushalte ihre Verbrauchsausgaben um 6 vH, die ostdeutschen Haushalte um 20 vH. In die Ersparnis sind 1991 rund 232 Mrd. DM geflossen. Die Sparquote der westdeutschen Haushalte, die 1990 infolge der steuerlichen Entlastung der Einkommen kräftig gestiegen war, ging 1991 — nicht zuletzt aufgrund der Einführung des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer und der Erhöhung mehrerer Verbrauchsteuern — etwas zurück. In den neuen Bundesländern wurde im Berichtsjahr erheblich mehr als 1990 gespart; damals war das verfügbare Einkommen fast vollständig für Verbrauchszwecke verwendet worden. Allerdings war die Sparquote der ostdeutschen Haushalte (6,3 vH) auch 1991 noch wesentlich geringer als die der Haushalte im alten Bundesgebiet (13,7 vH).

Geldvermögensbildung und Geldvermögensbestand

Ihr Geldvermögen stockten die privaten Haushalte 1991 um 238 Mrd. DM⁷ auf. Daneben flossen 47 Mrd. DM in die Eigenheimfinanzierung.

⁶ Vgl. Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland in den Jahren 1991 und 1992. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 3/1992, S. 15 ff.

⁷ In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird zwischen der laufenden Ersparnis und der Geldvermögensbildung unterschieden. Die Differenz beider Größen ist der Saldo der Vermögensübertragungen, die an die privaten Haushalte fließen.

Geldvermögensbildung der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei Bauspar- kassen	Versiche- rungen	festverzinsl. Wert- papieren	Erwerb von Aktien	Geldmarkt- papieren	Termin- gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Forde- rungen ²⁾	Bruttogeld- vermögens- bildung insgesamt	Nachrichtlich: Kredit- aufnahme	Nettogeld- vermögens- bildung
1970	21,2	5,4	7,8	10,0	1,4	—	6,1	3,5	3,7	59,1	4,5	54,7
1975	65,9	6,9	15,2	8,5	1,6	-0,3	-10,2	9,8	6,4	103,7	7,8	96,0
1980	8,8	6,3	24,9	24,8	-0,9	0,4	38,6	3,9	14,0	120,7	12,7	108,1
1981	-2,7	5,7	28,6	47,0	-1,2	0,7	41,4	-1,9	12,7	130,3	7,6	122,7
1982	36,2	4,8	31,9	16,0	0,5	1,9	17,4	7,9	10,2	126,7	9,5	117,2
1983	30,5	4,8	32,1	16,0	4,1	-1,4	5,4	9,5	12,0	112,8	12,5	100,3
1984	20,7	0,2	34,6	26,6	0,7	-0,6	19,0	6,1	13,1	120,4	10,5	109,9
1985	34,0	-1,1	38,9	21,5	3,5	-0,4	13,4	5,4	11,2	126,3	12,8	113,5
1986	46,1	-1,7	41,9	8,0	3,6	-0,3	13,9	13,3	12,3	137,2	10,0	127,2
1987	36,4	-3,3	41,3	26,4	5,9	-1,1	9,7	13,8	14,3	143,3	11,6	131,7
1988	20,5	1,0	46,8	48,0	2,5	-0,3	-0,7	23,3	13,7	154,8	13,0	141,8
1989	-21,1	2,8	50,1	62,6	-7,0	3,7	53,3	7,6	15,7	167,8	21,1	146,7
1990	-13,7	4,2	47,4	75,6	-2,8	5,8	54,9	16,4	14,8	202,6	23,7	178,9
1991 ³⁾	1,7	6,3	49,3	85,8	1,1	3,3	62,7	14,8	12,9	237,9	34,6	203,3

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Zunahme der Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen u.a. — 3) Alte und neue Bundesländer zusammen.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1989; Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1980 bis 1. Halbjahr 1990; Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1991. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1992; Berechnungen des DIW.

Bei den Spareinlagen wurden die Gutschriften erneut von den Lastschriften übertroffen; zusammen mit den Zinsgutschriften kam es jedoch nicht wie in früheren Jahren zu einem „Nettoabfluß“ von den Sparkonten. Anders als Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist waren Sondersparformen mit vergleichsweise attraktiven Renditen lebhaft gefragt⁸.

Die Geldanlage bei Bausparkassen fand wesentlich größeren Zuspruch als 1990. In den neuen Bundesländern, in denen das Bausparen kurz vor der Währungsunion eingeführt worden war, ist es angesichts der oftmals desolaten Wohnverhältnisse schnell auf Interesse gestoßen. Ostdeutsche Bausparer werden sowohl bei der Höhe der Wohnungsbauprämie als auch der des prämienerberechtigten Sparbetrages begünstigt⁹, der Wohnungsbau und die Modernisierung von Gebäuden in Ostdeutschland werden steuerlich besonders gefördert¹⁰. An Versicherungen floß im vergangenen Jahr ein etwas höherer Betrag als 1990. Das Beitragsaufkommen in der Lebensversicherung entspricht inzwischen fast einem Drittel der Beiträge, die zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten gezahlt werden, die Leistungen der Lebensversicherung machen ein Fünftel der von der Sozialversicherung gezahlten Renten aus.

Festverzinsliche Wertpapiere wurden 1991 wesentlich stärker nachgefragt als im Jahr davor. Begehrte waren vor allem Kommunalobligationen, Pfandbriefe und Anleihen der öffentlichen Hand. Bei Aktien waren die Käufe erstmals seit Jahren höher als die Verkäufe. Insgesamt machte die

Nettonachfrage nach Wertpapieren 1991 mehr als ein Drittel der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte aus. In der Zahlungsbilanzstatistik ist zu erkennen, daß die angekündigte neue Zinsbesteuerung¹¹ ihre Schatten vorauswirft: 1991 kauften deutsche Anleger in Luxemburg Wertpapiere für 40 Mrd. DM — zweieinhalbmal so viel wie im zweiten Halbjahr 1988, als schon einmal mancher Sparer der Quellensteuer¹² ausgewichen ist. Weil bei der neuen Zinsabschlagsteuer zehnmal so hohe Freibeträge wie bisher gelten sollen, ist anzunehmen, daß sich die Struktur der Abflüsse geändert hat; dieses Kapital steht nur über den Umweg Luxemburg dem deutschen Kapitalmarkt zur Verfügung.

⁸ Vgl. Volker Sperrhake: Entwicklung und geschäftspolitische Bedeutung von Sondersparformen. In: Sparkasse, Heft 10/1991, 460 ff.

⁹ Wohnungsbau-Prämiengesetz (WoPG 1990) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. April 1991 (BGBl. 2 I, S. 827ff.).

¹⁰ Gesetz zur Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1991 — StÄndG 1991) vom 24. Juni 1991 (BGBl. I, S. 1322 ff.).

¹¹ Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Zinsbesteuerung (Zinsabschlaggesetz). Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2501.

¹² Die Quellensteuer war mit dem Steuerreformgesetz 1990 vom 25. Juli 1988 (BGBl. I, S. 1093ff.) eingeführt worden und wurde von Anfang 1989 an erhoben, mit dem Gesetz zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und von Arbeitsplätzen in Privathaushalten vom 30. Juni 1989 (BGBl. I, S. 1267ff.) jedoch wieder abgeschafft.

Geldvermögen der privaten Haushalte¹⁾
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei		Geldanlage in			Termin- gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Forderungen ³⁾	Bruttogeld- vermögen insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bauspar- kassen	Versiche- rungen	festverzinsl. Wert- papieren ²⁾	Aktien ²⁾	Geldmarkt- papieren					Verpflich- tungen	Nettogeld- vermögen
1970	205,0	39,6	77,8	40,2	52,4	—	14,3	55,5	32,7	517,5	32,5	485,0
1975	378,0	73,3	142,1	85,6	60,9	0,3	47,2	88,9	59,3	935,5	63,8	871,7
1980	493,0	107,7	246,2	170,3	62,7	2,8	157,0	127,8	108,3	1 475,8	143,2	1 332,6
1981	490,3	113,4	274,8	213,8	58,8	3,5	198,4	126,0	121,0	1 600,0	150,8	1 449,2
1982	526,5	118,2	306,7	251,9	62,6	5,4	215,7	133,8	131,2	1 752,0	160,3	1 591,7
1983	556,9	123,0	338,8	267,3	83,0	4,0	221,1	143,3	143,2	1 880,6	172,8	1 707,8
1984	577,7	123,2	373,4	315,4	91,5	3,4	240,1	149,4	156,3	2 030,4	183,2	1 847,2
1985	611,7	122,1	412,3	332,6	137,7	2,9	253,5	154,9	167,5	2 195,2	196,0	1 999,2
1986	657,8	120,4	454,2	329,2	160,2	2,7	267,4	168,2	179,8	2 339,9	206,0	2 133,9
1987	694,2	117,1	495,5	343,5	121,6	1,6	277,0	181,9	194,1	2 426,5	217,6	2 208,9
1988	714,6	118,1	542,2	396,1	156,0	1,3	276,3	205,2	207,8	2 617,6	230,6	2 387,0
1989	693,6	120,9	592,4	439,9	185,4	5,0	329,6	212,8	223,4	2 803,0	251,6	2 551,4
1990	679,2	125,1	642,9	497,8	148,5	10,8	384,5	229,2	238,2	2 953,8	275,3	2 678,5
1991 ⁴⁾	746,7	132,0	696,1	608,4	156,8	14,1	460,2	292,7	251,1	3 358,1	309,9	3 048,2

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Zu Tageskursen bewertet. — ³⁾ Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen u.a. — ⁴⁾ Alte und neue Bundesländer zusammen.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1989; Berechnungen des DIW.

Sparbriefe wurden im Berichtsjahr geringer dotiert als 1990. Ein erheblich größerer Betrag als im Jahr davor ist auf Terminkonten geflossen — während die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere im Laufe des vergangenen Jahres zurückging, stieg der Geldmarktzins („inverse Zinsstruktur“). Trotzdem stockten die Haushalte 1991 auch ihre liquiden Mittel beträchtlich auf.

Einschließlich der Ansprüche an betriebliche Pensionsfonds betrug der Geldvermögensbestand der privaten Haushalte am Ende des vergangenen Jahres fast 3,4 Bill. DM; dabei wurde der Wertpapierbestand zu Tageskursen bewertet. In Westdeutschland nahm das Geldvermögen von knapp 3 Bill. DM (1990) auf 3,2 Bill. DM (1991), in Ostdeutschland von 137 Mrd. DM (1990) auf 156 Mrd. DM (1991) zu. Insgesamt hat sich der Geldvermögensbestand um 267 Mrd. DM erhöht; zur Geldvermögensbildung traten Kursgewinne in Höhe von 29 Mrd. DM. Die Aktienkurse waren zwar Anfang 1991, als sich der Konflikt am Persischen Golf zuspitzte, weltweit gefallen. Doch als ein schnelles Ende der Kampfhandlungen zu erkennen war, stiegen die Kurse kräftig. Ein weiterer Kurseinbruch nach dem Versuch, den damaligen Präsidenten der Sowjetunion zu entmachten, wurde rasch kompensiert, als der Putsch scheiterte¹³.

In der Durchschnittsrechnung entfiel 1991 auf jeden Haushalt ein Geldvermögen von rund 97 000 DM. In Westdeutschland ist der Durchschnittswert von 106 000 DM (1990) auf 113 000 DM (1991), in Ostdeutschland von 22 000 DM (1990) auf 25 000 (1991) gestiegen.

Die höherverzinslichen Anlageformen machten 1990 im alten Bundesgebiet 57 vH, in den neuen Bundesländern nur 17 vH des Geldvermögens aus. In der DDR hatte es außer der Geldanlage auf Spar- oder Spargirokonten und dem Versicherungssparen keine anderen Anlagemöglichkeiten gegeben. Bis sich die Vermögensverhältnisse der ostdeutschen Privathaushalte in Niveau und Struktur an die der westdeutschen Haushalte angeglichen haben werden, wird noch geraume Zeit vergehen.

Kreditaufnahme, Verpflichtungen und Nettogeldvermögen

Konsumentenkredite nahmen die privaten Haushalte 1991 in Höhe von 35 Mrd. DM in Anspruch. Das war erheblich mehr als 1990, machte indes nur 2 vH des verfügbaren Gesamteinkommens aus. Fast zwei Drittel der Neuverschuldung entfielen auf längerfristige Bankkredite, die zu einem großen Teil für Automobilkäufe verwendet wurden. Hier wirkte sich aus, daß bis Ende Juli 1991 beim Kauf schadstoffarmer Personenkraftwagen steuerliche Vergünstigungen gewährt wurden.

Insgesamt sind die Verpflichtungen der Haushalte bis zum Ende des Berichtsjahres auf 310 Mrd. DM gestiegen. Das Nettogeldvermögen belief sich damit auf reichlich

¹³ Vgl. Jürgen Angele: Aktienmarkt im Jahr 1991. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1992, S. 24ff.

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Zinsgutschriften auf				Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	Sonstige Vermögenseinkommen ²⁾	Vermögenseinkommen insgesamt	Nachrichtlich:	
	Spareinlagen	Bauspareinlagen	Versicherungen	festverzinsl. Wertpapiere				Konsumenten-kredit-zinsen	Vermögenseinkommen nach Abzug der Konsumenten-kreditzinsen
1970	10,1	1,0	3,9	2,4	2,2	3,8	23,4	3,3	20,0
1975	16,9	2,0	7,7	6,6	2,2	5,7	41,1	6,4	34,7
1980	24,2	2,9	14,0	13,7	6,0	12,2	73,0	13,2	59,8
1981	26,6	3,1	16,6	16,8	6,7	18,4	88,2	16,6	71,6
1982	27,8	3,2	19,1	18,8	7,0	22,6	98,6	18,5	80,1
1983	21,3	3,4	21,3	21,9	7,1	18,4	93,3	17,9	75,4
1984	21,4	3,4	23,7	23,9	8,3	22,1	102,8	17,8	85,1
1985	21,9	3,4	26,1	27,1	9,6	21,4	109,4	17,7	91,7
1986	20,7	3,4	28,6	27,7	11,1	19,3	110,9	17,9	92,9
1987	20,0	3,3	29,2	27,6	11,0	18,9	110,0	17,5	92,5
1988	20,1	3,3	31,0	28,7	14,2	19,7	116,9	18,2	98,7
1989	23,0	3,4	33,8	33,9	12,8	23,3	130,2	19,5	110,7
1990	25,8	3,5	36,7	38,8	15,9	33,0	153,8	22,1	131,7
1991 ³⁾	32,9	3,7	40,5	44,4	17,5	38,0	177,0	29,8	147,2

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Emissionsdisagio bei Geldmarktpapieren, Zinsen auf Termingelder und Sparbriefe, Nettopachten und Einkommen aus Lizenzen, Patenten u.ä. — ³⁾ Alte und neue Bundesländer zusammen.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1991 Vorbericht; Berechnungen des DIW nach Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

3 Bill. DM. Dieser Betrag übertraf das verfügbare Jahreseinkommen deutlich. Je Haushalt betrug das Nettogeldvermögen im vergangenen Jahr rund 88 000 DM; hier ist ein Durchschnittswert allerdings wenig aussagekräftig, denn die Haushalte, die Geldvermögen besitzen, sind in der Regel andere als diejenigen, die sich verschuldet haben.

Vermögenseinkommen

Mehr als vier Fünftel ihres Geldvermögens halten die privaten Haushalte in verzinslichen Anlageformen. Hieraus sind ihnen 1991 Zinsen und Dividenden in Höhe von 177 Mrd. DM zugeflossen; das waren 8 vH ihrer gesamten primären Einkommen. Im Jahr davor hatten die westdeutschen Haushalte Vermögenserträge von rund 154 Mrd. DM (8,5 vH der Primäreinkommen), die ostdeutschen Haushalte solche von etwa 4 Mrd. DM (2 vH der Primäreinkommen) erzielt.

Die Durchschnittsverzinsung des ertragbringend angelegten Geldvermögens ist erneut — von reichlich 6 % (1990) auf rund 6,5 % (1991) — gestiegen¹⁴. Bei Preissteigerungsraten von 3,6 vH (Westdeutschland) bzw. 13,6 vH (Ostdeutschland) konnten nur die Haushalte im alten Bundesgebiet eine positive Realverzinsung ihres Geldvermögens verbuchen. Wer allerdings sein Geld auf Sparkonten mit gesetzlicher Kündigungsfrist hielt, mußte auch in West-

deutschland eine negative Realverzinsung seiner Ersparnisse hinnehmen. Doch haben hier viele Haushalte durch Umschichtung ihrer Anlagen gezeigt, daß sie renditebewußt sind¹⁵.

Die Summe der Zinsgutschriften auf Spareinlagen übertraf 1991 (Ost- und Westdeutschland) den westdeutschen Stand von 1990 erheblich, während die Zinsen auf Bauspareinlagen schwächer zunahmen. Die Zinsgutschriften auf Versicherungen expandierten abermals kräftig. Diese Zinsen werden in der Regel während der Laufzeit der Versicherungsverträge kumuliert und erst bei Fälligkeit der Verträge zusammen mit den Versicherungssummen ausgezahlt. Hier wurden sie ebenso wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung periodengerecht verteilt.

Auch die Zinserträge der privaten Haushalte aus festverzinslichen Wertpapieren waren 1991 deutlich höher als im Jahr zuvor, übertrafen die Zinsgutschriften auf Spareinlagen allerdings „nur“ noch um ein Drittel (1990 hatten die Wertpapierzinsen den anderthalbfachen Betrag der Spar-

¹⁴ Tatsächlich war die Rendite etwas geringer, denn zu den Vermögenseinkommen zählen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung neben Zinsen und Dividenden auch Nettopachten sowie Einkommen aus Lizenzen, Patenten u.ä.

¹⁵ Vgl. Die Entwicklung des Geld- und Sachvermögens westdeutscher privater Haushalte in den letzten zwanzig Jahren. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 4/1992, S. 14 ff.

Vermögenseinkommen der Haushaltsgruppen ¹⁾ 1991

	Alte Bundesländer	Neue	Zusammen
in Mrd. DM			
Haushalte von			
Landwirten	2,4	0,3	2,7
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	31,1	0,5	31,6
Angestellten	36,7	1,3	38,1
Beamten	8,6	0,0	8,6
Arbeitern	20,7	1,6	22,3
Arbeitslosen	0,8	0,1	1,0
Rentnern	38,9	1,4	40,3
Pensionären	5,4	0,0	5,4
sonstigen Personen ²⁾	18,5	0,0	18,6
Privathaushalte insgesamt	163,2	5,2	168,4
in DM je Haushalt			
Haushalte von			
Landwirten	8 750	1 062	4 899
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	19 156	1 724	16 742
Angestellten	5 527	936	4 723
Beamten	5 210	x	5 210
Arbeitern	3 186	794	2 611
Arbeitslosen	1 324	314	907
Rentnern	4 861	769	4 117
Pensionären	6 109	x	6 109
sonstigen Personen ²⁾	9 316	625	9 045
Privathaushalte insgesamt	5 788	833	4 884
Nachrichtlich: Zahl der Haushalte in 1000			
Haushalte von			
Landwirten	272	273	545
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	1 624	261	1 885
Angestellten	6 645	1 411	8 056
Beamten	1 641	0	1 641
Arbeitern	6 490	2 053	8 543
Arbeitslosen	635	446	1 081
Rentnern	8 010	1 782	9 792
Pensionären	884	0	884
sonstigen Personen ²⁾	1 989	64	2 053
Privathaushalte insgesamt	28 190	6 290	34 480
¹⁾ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen. <i>Quelle:</i> Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.			

zinsen ausgemacht). Die von den privaten Haushalten bezogenen Dividenden fielen im Berichtsjahr ebenfalls höher als 1990 aus.

Auf Konsumentenkredite wurden 1991 Zinsen in Höhe von 30 Mrd. DM gezahlt. Per Saldo erhielten die Haushalte also Vermögenseinkommen von 147 Mrd. DM. Dieser Betrag reichte nahezu an den verzinslich angelegten Teil der Nettogeldvermögensbildung heran. Auch wenn nicht sämtliche Zinserträge wieder angelegt wurden, hat doch vermutlich ein beträchtlicher Teil von ihnen die Geldvermögensbildung „gespeist“.

Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen

An die Privathaushalte im engeren Sinne sind 1991 Zins-einkünfte in Höhe von 168 Mrd. DM geflossen. Mit rund 5 Mrd. DM kam davon nur ein recht geringer Betrag den ostdeutschen Haushalten zugute. Wie gesagt, verfügen diese im Durchschnitt über geringere Geldvermögensbestände als die westdeutschen Haushalte, und der Anteil höherverzinslicher Anlageformen ist geringer als im alten Bundesgebiet.

Jeweils zwei Fünftel der Zinsen und Dividenden entfielen

auf die Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen, ein Fünftel auf die Selbständigen-Haushalte. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den durchschnittlichen Vermögenseinkommen der Haushaltsgruppen. Die Haushalte von Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft bezogen im Berichtsjahr Zinsen und Dividenden, die im Mittel fast viermal so hoch waren wie die der übrigen Gruppen. In Westdeutschland konnten die Selbständigen aufgrund ihrer vergleichsweise günstigen Einkommenslage oft hohe Geldvermögen aufbauen, die meist zinsträchtig angelegt wurden¹⁶; neben dem Wertpapiervermögen fallen hier Lebensversicherungen ins Gewicht: Selbständigen dient die Geldvermögensbildung zu einem erheblichen Teil der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge, die bei unselbständig Beschäftigten überwiegend durch Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung oder (bei Beamten) an den Staat gewährleistet wird. Fast die Hälfte der Vermögenserträge, die den westdeutschen Selbständigen-Haushalten zugute kommen, sind Zinsgutschriften auf Versicherungen. Auch in den neuen Bundesländern bezogen die Selbständigen-Haushalte 1991 vergleichsweise hohe Zinseinkünfte; zwischen den durchschnittlichen Vermögenseinkommen der ostdeutschen Haushaltsgruppen ist die Differenzierung jedoch relativ schwach.

Lebensversicherungen sind ebenfalls von Bedeutung für Angestellten-Haushalte — vor allem für diejenigen mit höherem Einkommen, die von der zu erwartenden Sozialrente ihren gewohnten Lebensstandard nicht finanzieren könnten. Arbeiter-Haushalte besitzen im Durchschnitt geringere Vermögensbestände und beziehen deutlich niedrigere Vermögenseinkommen als die übrigen Arbeitnehmer-Haushalte.

Die westdeutschen Rentner- und Pensionärs-Haushalte verfügen über Ersparnisse in mitunter beachtlicher Höhe; nicht selten werden die im Laufe des Arbeitslebens akkumulierten Geldvermögen im Ruhestand weiter aufgestockt. Die durchschnittlichen Vermögenseinkommen dieser Haushalte übertrafen 1991 die der Arbeitnehmer-Haushalte. Im Unterschied hierzu besitzen die Rentner-Haushalte in Ostdeutschland im Durchschnitt weniger an Geldvermögen und erzielen geringere Zinserträge als die Haushalte von Arbeitnehmern.

¹⁶ Vgl. Manfred Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1990, S. 798 ff.

Rußland: Schwieriger außenwirtschaftlicher Neubeginn

Am 26. Dezember 1991 wurde die Sowjetunion, eine der größten und zugleich — zumindest bei oberflächlicher Betrachtung — am stärksten zentralisierten Wirtschaftseinheiten der Erde, aufgelöst. Seither haben Rußland und die übrigen 14 Nachfolgestaaten die uneingeschränkte politische Souveränität erlangt. Diese souveränen Staaten mußten indes ein schweres wirtschaftliches Erbe antreten. Für Rußland, dem weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Haupterben der UdSSR, zählt zu dieser hinterlassenen Last insbesondere auch die außenwirtschaftliche Schwäche der eigenen Wirtschaft.

Die russische Wirtschaftspolitik steht heute vor einem außenwirtschaftlichen Trümmerhaufen: Die Ausfuhr ist extrem einseitig auf Energie und Rohstoffe konzentriert; die verarbeitende Industrie ist auf den internationalen Märkten nicht wettbewerbsfähig; die Auslandsverschuldung belastet die Devisenkasse schwer; die Forderungen an die Waffenkäufer in der Dritten Welt sind weitgehend notleidend.

Die Jelzin-Administration ist jetzt entschlossen — zuletzt auch auf starken Druck des IMF hin —, neue institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, um die russische Wirtschaft in die Weltwirtschaft zu integrieren. Der Außenhandel wird weitgehend dezentralisiert und dereguliert; die Ausfuhr von Energie, gesamtwirtschaftlich wichtigen Rohstoffen sowie sicherheitsrelevanten Gütern unterliegt auch weiterhin der direkten staatlichen Kontrolle. Das System der bisherigen multiplen Wechselkurse wurde zugunsten eines einheitlichen Währungskurses abgeschafft; diese Parität wird sich „bis auf weiteres“ nach Angebot und Nachfrage gestalten. Solange die Probleme einer abgestimmten Geld- und Kreditpolitik in der „Rubelzone“ nicht gelöst sind, soll es in Rußland keinen festen Wechselkurs geben. Solange die marktwirtschaftliche Reform im Innern nicht erfolgreich und nachhaltig greift, wird die grundsätzlich angestrebte Inländerkonvertibilität des „neuen“ Rubel nicht eingeführt.

Zusammenbruch des Außenhandels 1991

Im Außenhandelsergebnis spiegelt sich — wie im Brennglas — die binnenwirtschaftliche Krise in der UdSSR bzw. in Rußland wider. Der Wert der sowjetischen Warenausfuhr — in Valuta-Rubel (VRbl)¹ — hat sich im vergangenen Jahr um ein Drittel auf 41,5 Mrd. VRbl verringert (1990: —11,5 vH). Der Einfuhrwert der Waren ist noch kräftiger (—43 vH), auf 40 Mrd. VRbl, gesunken (Vorjahr: —2 vH). Infolgedessen hat sich die sowjetische Handelsbilanz, sie wies 1991 ein Plus von einer Mrd. VRbl auf, um 11 Mrd. VRbl verbessert. Diese Bilanzverbesserung geht im wesentlichen auf den Ausfuhrüberschuß Rußlands von 4 Mrd. VRbl zurück (1990: —6 Mrd. VRbl), weil auch die russische Einfuhr (—46 vH) wertmäßig deutlich gefallen ist als die Ausfuhr des Landes (—29 vH). Die übrigen Unionsrepubliken hatten im auswärtigen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von zusammen 2,5 Mrd. VRbl (1990: —3,5 Mrd. VRbl). Rußland, das 1990 an der sowjetischen Bevölkerung mit 51 vH und an der gesamtwirtschaftlichen Produktion (BIP) der Union mit 61 vH beteiligt war, ist im Unionsmaßstab überdurchschnittlich mit dem Ausland verflochten (zuletzt Ausfuhr: 71,5 vH, Einfuhr: 64 vH).

Über Umfang und Qualität der veröffentlichten Wirtschaftsstatistik wird in letzter Zeit immer häufiger geklagt. So ist es (noch?) nicht möglich, Aussagen darüber zu machen, wie sich Ausfuhr und Einfuhr preisbereinigt entwickelt bzw. wie sich die Terms of Trade gestaltet haben; die ECE schätzt, daß sich die Ausfuhr der UdSSR mengenmäßig um 25 vH, die Einfuhr sogar um 37 vH verringerten².

Verursacht wurde dieses katastrophale Außenhandelsergebnis in erster Linie durch Störungen und Ausfälle beim Angebot von Energie, Rohstoffen und anderen Vorleistungsgütern. Das ganze Jahr 1991 hindurch wurde — teilweise erbittert — über ein neues Verhältnis zwischen den Republiken und der Union gestritten. Die Autorität des Zentrums ist in diesem Streit nach und nach ebenso gesunken, wie die zentrale Kontrolle über die Wirtschaftsprozesse allmählich geschwunden ist. Die „sozialistische“ Arbeitsteilung innerhalb des sowjetischen Wirtschaftsraumes brach mehr und mehr zusammen. Barter-Geschäfte haben im Zuge der sich beschleunigenden Geldentwertung an Bedeutung gewonnen. All dies mußte sich auch negativ auf die Exporte auswirken, wie es das Beispiel der Rohöl-Ausfuhr zeigt (in Mill. t):

Jahr	UdSSR		dar.: Rußland	
	Förderung	Ausfuhr ¹⁾	Förderung	Ausfuhr
1989	607	127	552	115
1990	570	109	516	99
1991	515	.	461	56

¹⁾ Einschließlich Re-exporte

¹ Der Valuta-Rubel ist eine reine Recheneinheit, die ausschließlich dem statistischen Ausweis des Außenhandels dient und von der Staatsbank festgesetzt wird.

² Vgl. Economic Commission for Europe: Economic Survey of Europe in 1991-1992, New York 1992, S. 111.

Entwicklung des Außenhandels der UdSSR bzw. der Russischen Föderation 1988 bis 1991

	1988	1989	1990	1991
A. UdSSR				
Ausfuhr a. Mrd. VRbl ¹⁾	67,1	68,7	60,8	41,3
b. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	-1,5	2,4	-11,6	-32,1
Einfuhr a. Mrd. VRbl ¹⁾	65,0	72,1	70,7	40,2
b. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	7,1	10,9	-2,0	-43,1
Saldo ²⁾ a. Mrd. VRbl ¹⁾	+ 2,1	-3,4	-9,9	+ 1,1
B. Russische Föderation				
Ausfuhr a. Mrd. VRbl ¹⁾	45,1	47,1	41,6	29,6
b. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	—	4,4	-11,7	-28,9
Einfuhr a. Mrd. VRbl ¹⁾	43,9	49,2	47,8	25,8
b. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	—	12,3	-2,8	-46,0
Saldo ²⁾ a. Mrd. VRbl ¹⁾	+ 1,2	-2,1	-6,2	+ 3,8
C. Anteil der Russischen Föderation am Außenhandel der UdSSR (in vH)				
Ausfuhr	67,2	68,5	68,4	71,7
Einfuhr	67,5	68,2	67,6	64,2

1) Valuta-Rubel, (Umrechnungskurs: 1988: 1,65 US-\$, 1989: 1,59 US-\$, 1990: 1,7 US-\$ und 1991: 1,72 US-\$); jeweilige Preise. —
2) Ausfuhrüberschuß: +.

Quellen: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR (russisch); Außenwirtschaftsbeziehungen der RSFSR 1991 (russisch); Außenwirtschaftsbeziehungen der Russischen Föderation 1992 (russisch); Berechnungen des DIW.

Rohöl war das wichtigste Ausfuhrgut der UdSSR und ist es heute für Rußland. Hier wird sich zeigen müssen, ob und wie schnell es gelingt, die Produktionskrise zu meistern und die Ausfuhr zu steigern — die russische Ölförderung ist im ersten Halbjahr 1992 um 10 vH auf 200 Mill. t gesunken, mit einem weiteren Rückgang der Produktion wird gerechnet. Die russische Regierung hat gerade beschlossen, in den Jahren 1993 bis 1997 die gesamten Einnahmen aus dem Energieexport für die Bedienung der Auslandsschulden einschließlich der IMF-Kredite zu verwenden.

Daneben hat sich auch hier der Wegfall der RGW-Märkte negativ ausgewirkt. Aufgrund eines akuten Devisenmangels hatte Gorbatschow bereits im Juli 1990 beschlossen, den Handel mit den (ehemaligen) RGW-Partnern vom 1. Januar 1991 an ausnahmslos auf eine neue Verrechnungsbzw. Zahlungsbasis, nämlich vom Transfer-Rubel (TRbl) auf „harte“ Währungen, umzustellen. In allen ehemaligen RGW-Staaten zählen Devisen zu den knappsten Gütern, so daß sich die gegenseitigen Handelsumsätze deutlich verringerten. Hinzu kam, daß die deutsch-deutsche Währungsunion u.a. auch dazu geführt hat, daß die Käufe der

Sowjetischer Außenhandel 1990: Entwicklung des Volumens, der Preise und der Terms of Trade (1985 = 100)

Warengruppen ¹⁾	Ausfuhr		Einfuhr		Terms of Trade ²⁾
	Volumen	Preise	Volumen	Preise	
Insgesamt	101,5	82,4	105,0	97,0	84,9
Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel	95,0	115,9	107,5	114,3	101,4
Brennstoffe und Elektroenergie	101,9	63,1	106,3	47,6	132,6
Erze und Metalle	124,2	100,8	62,5	100,5	100,3
Chemische Erzeugnisse und Kautschuk	127,3	78,2	93,8	88,3	88,6
Holz, Papier und Zellulose	89,4	114,8	74,1	113,5	101,1
Textilrohstoffe und -halbwaren	79,7	97,5	51,7	136,6	71,4
Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel	125,2	89,5	85,6	89,0	100,6
Industrielle Konsumgüter	140,5	109,2	163,4	87,4	124,9

1) RGW-Warenklassifizierung. — 2) Index der Ausfuhrpreise in vH des Index der Einfuhrpreise.
Quelle: Außenhandelsjahrbuch der UdSSR 1990 (russisch).

Sowjetischer Außenhandel 1985 und 1990: Warenstruktur (Anteile in vH¹⁾)

Warengruppen ²⁾	Ausfuhr		Einfuhr	
	1985	1990	1985	1990
A. Außenhandel insgesamt				
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel	13,9	13,0	37,1	38,3
Brennstoffe und Elektroenergie	52,7	53,0	5,3	5,4
Erze und Metalle	7,5	9,2	8,3	5,0
Chemische Erzeugnisse und Kautschuk	3,9	4,8	5,0	4,5
Holz, Papier und Zellulose	3,0	2,7	1,3	0,9
Textilrohstoffe und -halbwaren	1,3	1,0	1,7	0,8
Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel	1,5	1,9	21,1	17,3
Industrielle Konsumgüter	2,0	2,8	12,6	19,7
Übrige Waren	14,2	11,6	7,6	8,1
B. Außenhandel mit nicht-sozialistischen Ländern³⁾				
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel	9,3	6,1	21,0	25,7
Brennstoffe und Elektroenergie	57,2	61,9	10,9	6,9
Erze und Metalle	3,4	8,3	13,8	9,9
Chemische Erzeugnisse und Kautschuk	3,9	5,2	8,3	7,4
Holz, Papier und Zellulose	3,0	3,2	2,6	1,8
Textilrohstoffe und -halbwaren	0,4	0,5	3,9	1,4
Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel	1,4	2,1	26,2	20,5
Industrielle Konsumgüter	1,7	2,0	7,9	18,0
Übrige Waren	19,7	10,7	5,4	8,4

¹⁾ Preise von 1985. — ²⁾ RGW-Warenklassifizierung. — ³⁾ Ausschließlich RGW-Staaten (Bulgarien, CSFR, DDR, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, Ungarn, Vietnam) sowie VR China, Jugoslawien, Laos und Nord-Korea; 1990: einschließlich DDR.

Quelle: Außenhandelsjahrbuch der UdSSR 1990 (russisch).

ostdeutschen Unternehmen in der UdSSR (und in den anderen RGW-Staaten) weitgehend storniert wurden und damit auf die Hälfte des Vorjahres zurückgegangen sind. Die sowjetische Wirtschaft hat dadurch quasi über Nacht ihre wichtigsten Absatz- und Beschaffungsmärkte verloren (Anteile der RGW-Staaten in vH):

	Ausfuhr	Einfuhr
1989	55,2	56,3
1990	35,3	36,5
1991	22,9	24,5

Das ganze Ausmaß dieses Zusammenbruchs läßt sich gegenwärtig ebensowenig präzise messen wie seine negativen Auswirkungen auf Produktion, Beschäftigung und Einkommen. Die gesamtwirtschaftlichen Anpassungskosten dürften indes ins Gewicht fallen.

Der Niedergang des russischen Außenhandels setzte sich 1992 fort. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres fiel die Ausfuhr wertmäßig um 30 vH auf 12,4 Mrd. US-\$; die exportierte Menge von Rohöl ging um 21 vH, die von Kohle um 6,5 vH, der Wert der im Ausland verkauften Maschinen, Ausrüstungen und Verkehrsmittel auf die Hälfte zurück. Der Wert der Einfuhr verringerte sich im Vorjahresvergleich um 18 vH auf ebenfalls 12,4 Mrd. US-\$.

Alle Einfuhrposten bei Nahrungsmitteln und Konsumgütern weisen ein Minus auf, mit Ausnahme von Getreide (+ 67 vH) und Medikamenten (+ 100 vH). Wenn sich dieser Trend bis zum Jahresende fortsetzt, dann schmelzen Warenausfuhr und -einfuhr Rußlands auf ein Rinnsal zusammen.

Aktuelle Finanzierungsprobleme

Im Februar dieses Jahres wurde erstmalig — nach jahrelangen Vorankündigungen — die offizielle Zahlungsbilanz für die UdSSR bzw. für Rußland veröffentlicht. Sie ist zwar in Zusammenarbeit mit IMF-Experten aufgestellt worden, entspricht aber nicht dem im Westen üblichen Standard. Eine ganze Reihe von Fragen, z.B. die nach der Erfassung von Ausfuhr und Einfuhr bzw. des Kapitalverkehrs in der Zahlungsbilanz, bleiben vorerst offen. Die publizierten Daten über die sowjetischen Transaktionen in konvertierbaren Währungen im Jahre 1991 zeigen keine großen Überraschungen: Einem bescheidenen Ausfuhrüberschuß (1 Mrd. US-\$) und relativ hohen Einnahmen aus Goldverkäufen (4 Mrd. US-\$) stehen fast ebenso hohe Zinszahlungen (3,5 Mrd. US-\$) und ein kräftiger Rückfluß kurzfristiger Kredite (5,5 Mrd. US-\$) gegenüber. Die russische Leistungsbilanz bietet demgegenüber ein im großen und ganzen günstigeres Bild.

Zahlungsbilanz der UdSSR bzw. Rußlands 1990 und 1991 (Mrd. US-\$, Stand: Jahresende)

	UdSSR				dar.: Rußland			
	1990		1991		1990		1991	
	Insgesamt	dar.: konv. Währungen	Insgesamt	dar.: konv. Währungen ¹⁾	Insgesamt	dar.: konv. Währungen	Insgesamt	dar.: konv. Währungen ¹⁾
Handelsbilanz	-16,9	-1,6	+2,0	+1,1	-2,0	+2,0	+9,1	+4,8
Ausfuhr	+103,8	+33,5	+70,2	+31,8	+80,9	+26,1	+54,7	+24,8
Einfuhr	-120,7	-35,1	-68,2	-30,7	-82,9	-24,1	-45,6	-20,0
Dienstleistungsbilanz	-7,2	-6,2	-7,7	-6,7	-4,1	-3,7	-4,5	-3,9
Zinsen	-4,0	-4,0	-3,7	-3,7	-2,5	-2,5	-2,5	-2,5
Goldverkäufe ²⁾	+2,7	+2,7	+3,8	+3,8	+1,8	+1,8	+2,5	+2,5
Leistungsbilanz ³⁾	-21,4	-5,1	-1,8	-1,7	-4,2	+0,1	+7,1	+3,4
Kapitalbilanz	+8,5	-7,8	-0,2	-0,3	+6,6	-4,7	-0,9	-0,8
Kurzfristiger Kapitalverkehr	+6,9	-10,1	-5,2	-5,6	+3,9	-6,3	-2,0	-3,5
Zahlungsbilanz	-12,9	-12,9	-2,0	-2,0	+2,4	-4,6	+6,2	+2,6
Ausgleichsposten ⁴⁾ :								
Reserven	+8,4	+8,4	+2,5	+2,5	+5,0	+5,0	+1,6	+1,6
Rückstände	+4,5	+4,5	-0,8	-0,8	+2,8	+2,8	-0,5	-0,5
Umschuldung	—	—	+0,3	+0,3	—	—	+0,2	+0,2
Transfers an übrige Republiken ⁵⁾	—	—	—	—	-10,2	-3,2	-7,5	-3,9

1) Einschließlich Ostdeutschland und Finnland. — 2) Ohne Swap-Operationen. — 3) Einschließlich Goldverkäufe (ohne Swap-Operationen). — 4) Abnahme: +, Zunahme: -. — 5) Russische Zahlungen zur Finanzierung des externen Handelsdefizits der übrigen Republiken.

Quellen: Ekonomika i Žizn, Nr.6/1992, S.11 und Economic Commission for Europe: Economic Survey of Europe in 1991-1992, New York 1992, S. 110 und 142.

Das Versiegen der kurzfristigen Kreditquellen ist ein wichtiger Hinweis auf die Schuldendienstprobleme Moskaus in den beiden zurückliegenden Jahren (die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind von 21 Mrd. US-\$ — 40 vH der Gesamtsumme — im Jahr 1989 auf 11 Mrd. US-\$ — oder 20 vH — im Jahr 1990 gesunken). Es kam zu Zahlungsrückständen an Lieferanten und Banken, die daher nur äußerst zögernd neue Kredite vergaben. Der vorjährige Bestand der sowjetischen Auslandsverbindlichkeiten — sie haben sich von 1985 (31,5 Mrd. US-\$) bis 1990 (62 bis 73 Mrd. US-\$) mindestens verdoppelt — wird von unterschiedlichen Quellen mit 65 bis 80 Mrd. US-\$ beziffert. Jelzin hat auf dem G-7-Gipfel in München die Dollar-Verbindlichkeiten der ehemaligen UdSSR per 1. Januar 1992 mit 70 Mrd. US-\$ angegeben; diese haben seither um weitere 4 Mrd. zugenommen. Anderen Angaben zufolge entsprach der Schuldenberg, den die Nachfolgestaaten der UdSSR zu tragen haben, per 1. Januar dieses Jahres einer Summe von 81 Mrd. US\$³. Dem stehen Forderungen an das Ausland, das sind ausschließlich ehemalige RGW-Partner und Entwicklungsländer, im Wert von umgerechnet 142 Mrd. US-\$ gegenüber; diese Guthaben dürften indes überwiegend abzuschreiben sein.

Nach jüngsten Meldungen betragen die Auslands-schulden Rußlands 59 Mrd. US-\$ (1. April 1992). Hinzukommen Zahlungsrückstände gegenüber Lieferanten von 4,5 Mrd. US-\$⁴.

Die Nachfolgestaaten der UdSSR sind Ende 1991 offenbar in erhebliche Liquiditätsprobleme geraten. Mit den wichtigsten westlichen Gläubigern (G-7, Pariser Club, Londoner Club) wurden Verhandlungen aufgenommen, um die Zahlungsverpflichtungen für 1992 umzuschulden. Zuvor hatten sich Rußland und sieben weitere Nachfolgestaaten der GUS (einschl. Georgien) bereit erklärt, als Gesamtschuldner für die Verbindlichkeiten der ehemaligen UdSSR zu haften: Das Abkommen über die sogenannte „Gemeinschaftliche und Einzelhaftung“ wurde am 4. Dezember 1991 geschlossen; so übernahm Rußland einen Anteil an den Unionsschulden von 61,34 vH, die Ukraine von 16,37 vH, Belarus von 4,13 vH, Kasachstan von 3,27 vH, die fehlenden 14,5 vH verteilen sich auf die übrigen Nachfolgestaaten (aus dem GUS-Bereich haben Aserbaidschan, Moldawien, Turkmenistan und Usbekistan dieses Abkommen nicht unterzeichnet; die baltischen Staaten haben in diesem Zusammenhang erklärt, sie seien niemals rechtmäßig in die Sowjetunion eingegliedert worden und daher auch nicht für deren Schulden mitverantwortlich). Anfang dieses Jahres haben die Nachfolgestaaten sowohl mit dem Pariser Club (3,3 Mrd. US-\$) als auch mit dem Londoner Club (3,4 Mrd. US-\$) Umschul-

³ Vgl. Commonwealth Business News. Beilage zur Ekonomika i Žizn, Nr. 23/1992.

⁴ Rossijskaja gazeta vom 3. Juli 1992.

dungsabkommen unterzeichnet. Jelzin erwartet von seinen westlichen Gläubigern, als Vorleistung auf das russische Reformprogramm, eine weitere „Atempause“ dieser Art für die nächsten zwei Jahre.

Diese Zahlungsschwierigkeiten sind zum Teil durch Kapitalflucht verursacht worden. Unternehmen haben nämlich Teilbeträge ihrer Devisenerlöse nicht in die Heimat überwiesen, sondern auf ihren Konten bei westlichen Geschäftsbanken belassen. Der Umfang dieser Form der Kapitalflucht wird auf 20 Mrd. US-\$⁵ bis sogar 40 Mrd. US-\$⁶ geschätzt.

Neues russisches Außenhandelsregime

Im Rahmen des traditionellen staatlichen Außenhandels- und Valutamonopols wurden Umfang und Struktur der Transaktionen mit dem Ausland durch den zentralen Volkswirtschaftsplan vorbestimmt. Spezialisierte staatliche Außenhandelsbetriebe, die direkt dem Außenhandelsministerium unterstellt waren, besaßen das ausschließliche Recht, Außenhandelsgeschäfte zu tätigen. Den Zahlungsverkehr mit dem Ausland wickelte allein die staatliche Außenhandelsbank, eine juristisch selbständige Tochter der Staatsbank, ab. Die Wirtschaft war organisatorisch und finanziell gegenüber der Außenwelt hermetisch abgeschottet.

Dieses staatliche Monopol wurde erstmals 1987 durch die Außenwirtschaftsreform Gorbatschows durchlöchert. Ziel dieser Reform war es, die Außenhandelsentscheidungen — wenigstens teilweise — zu dezentralisieren sowie die Ausfuhren durch betriebseigene Devisenkonten zu stimulieren, die — innerhalb bestimmter Grenzen — zur Finanzierung eigener Importe genutzt werden konnten. In einem zweiten Schritt erhielten im April 1989 sämtliche Wirtschaftssubjekte das unmittelbare Recht, im eigenen Namen und auf eigenes Risiko zu exportieren und zu importieren. Voraussetzung war allerdings die Aufnahme in ein zentrales Register. Der Staat legte außerdem Quoten und Lizenzen für die Ausfuhr und Einfuhr fest. Gleichzeitig hatte damals die Außenwirtschaftsbank ihr Valutamonopol verloren, weil auch andere Banken die Lizenz erhielten, Operationen in Fremdwährungen durchzuführen.

Wegen der Zahlungsschwierigkeiten der UdSSR, die seit Mitte 1989 verstärkt aufgetreten sind, wurde beschlossen, daß alle sowjetischen Exporteure von Anfang 1991 an 40 vH ihrer Devisenerlöse an die Außenwirtschaftsbank zum damals neu eingeführten kommerziellen Wechselkurs (1,72 Rubel je US-\$) verkaufen müssen. Aus den ihnen verbleibenden Einnahmen wurden im Durchschnitt 30 vH in den betrieblichen Devisenfonds eingespeist, die restlichen 30 vH mußten (im Verhältnis von 9 : 1) an die Republiken bzw. an örtliche Behörden zum genannten Wechselkurs verkauft werden.

Rußland hat am 15. November 1991 das Gesetz über die Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit einge-

führt. Danach wurde der russische Außenhandel Anfang dieses Jahres weitgehend liberalisiert. Die Registrierungspflicht für Unternehmen, die ihre Geschäfte mit ausländischen Partnern direkt abwickeln, wurde abgeschafft. Ausfuhrquoten und -lizenzen gibt es seither nur für Energie und für — im ökonomischen und militärischen Sinne — strategisch wichtige Rohstoffe und Güter. Diese Quoten sollen zunächst bis Ende 1993 bestehen bleiben; die Jelzin-Administration ist nicht bereit, auf diese Form der direkten Exportkontrolle zu verzichten. Es wurde kurzer Hand eine Exportsteuer eingeführt, die in der Praxis für einige Verwirrung und Unsicherheit sorgt. Die Importe wurden fast vollständig freigegeben. Die früheren Importzölle wurden Mitte Januar abgeschafft, eine Importsteuer wird nicht erhoben.

Das System multipler Wechselkurse wurde jedoch weiterhin beibehalten. In der ersten Hälfte dieses Jahres existierten in Moskau mindestens fünf unterschiedliche Kurse:

1. Offizieller Marktkurs von 100 Rubel je US-\$ (Notierung von Anfang Mai),
2. spezieller kommerzieller Kurs (55 : 1),
3. Kurs der Moskauer Interbank Valutabörse (145,5 : 1),
4. privater Marktkurs (120 bis 130 : 1),
5. spezieller Valutakurs (5,4 : 1).

Seit Anfang des Jahres müssen 40 vH der Deviseneinnahmen aus dem Export von Energie und anderen Rohstoffen (es handelt sich hierbei um rund 70 vH der gesamten Ausfuhr des Landes) zum speziellen kommerziellen Kurs an den Staat verkauft werden; Unternehmen und Banken, die sich in ausländischem Besitz befinden, und Joint Ventures mit einem Anteil ausländischen Kapitals von mehr als 30 vH sind von diesem Zwangsverkauf befreit. Darüber hinaus müssen alle Exporteure, auch die genannten Verkäufer von Energie und Rohstoffen, 10 vH ihrer Fremdwährungserlöse zum offiziellen Marktkurs an den Staat abführen. Beide Regelungen dürften der Hauptgrund für die genannte Kapitalflucht aus Rußland sein.

Ursprünglich war vorgesehen, auf dem Wege zum einheitlichen Währungskurs bereits am 20. April dieses Jahres ein duales Wechselkurssystem einzuführen. Ein flexibler Wechselkurs, dessen Höhe von der Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf der Moskauer Interbank Valutabörse bestimmt wird, sollte bei allen Leistungsbilanz-Transaktionen angewandt werden. Ein zweiter, fester Wechselkurs sollte dem Kapitalverkehr dienen. Dieser Termin wurde indes nicht eingehalten.

Durch ein Dekret des Präsidenten sind in Rußland zum 1. Juli 1992 sämtliche Spezial- und Sonderkurse des Rubels abgeschafft worden, und es wurde ein einheitlicher Wechselkurs eingeführt. Dieser Kurs, seine Ausgangshöhe wurde mit 134,80 Rubel je US-\$ (88,80 Rubel je DM)

⁵ Argumenty i fakty vom 18. Mai 1992.

⁶ Vgl. Transition. The World Bank, Vol. 3, No. 5/1992, S. 10.

festgesetzt⁷, soll im freien Handel auf dem Devisenmarkt bestimmt werden. Die russische Zentralbank wird in den nächsten Monaten auf diesem Markt indes intervenieren, um das Angebot zu stimulieren und die Nachfrage zu beschränken; sie strebt mittelfristig eine Aufwertung des Rubels auf 80 je US-\$ an. Alle Unternehmen müssen die Hälfte ihrer Deviseneinnahmen zum jeweiligen Marktkurs an das Bankensystem verkaufen. Diese Regelung gilt auch — anders als zuvor — für ausländische Tochtergesellschaften und für Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Beteiligung. Auch der Staat muß sich die benötigten Fremdwährungsmittel, etwa für den Schuldendienst, künftig am Markt besorgen.

Es wird allerdings vorerst keinen völlig freien Zugang für Wirtschaftssubjekte (Exporteure, Importeure, Banken, Auslandsreisende) auf den Devisenmarkt geben. Um Devisen gegen Rubel kaufen zu können, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt (gültige Importverträge, Rückzahlung von Fremdwährungskrediten, Auslandsreisen aus geschäftlichen Gründen) und zahlreiche bürokratische Hürden überwunden werden — letztere gelten insbesondere für Privatunternehmer und Privatreisende ins Ausland. Unklar ist außerdem, ob ausländischen Unternehmen der gleichberechtigte Zugang zum russischen Devisenmarkt erlaubt ist; eine Diskriminierung ausländischer Investoren wäre sehr kontraproduktiv.

Der russischen Regierung fehlt offensichtlich ein schlüssiges Konzept für eine neue Währungspolitik; man behilft sich mit ad hoc-Maßnahmen. Entsprechend verunsichert sind Wirtschaft und Bevölkerung, zumindest in den Großstädten. So wurde zugleich mit der Einführung des einheitlichen Wechselkurses die Zollfreiheit der kommerziellen

Einfuhr aufgehoben, die Anfang 1992 zeitgleich mit der Preisfreigabe aus sozial- und stabilitätspolitischen Gründen verfügt worden war. Mit dem neuen provisorischen Importzolltarif — der Mindestsatz beträgt 5 vH des Zollwertes — verfolgt die Regierung sowohl fiskalpolitische als auch industriepolitische Ziele.

Die Gajdar-Regierung ist entschlossen, die Parität des Rubels innerhalb einer bestimmten Bandbreite ($\pm 7,5$ vH) zu fixieren. Dies wird allerdings erst dann möglich sein, wenn es gelingt, mit denjenigen Mitgliedern der GUS, die in der „Rubelzone“ verbleiben wollen, eine unter der Führung der russischen Zentralbank abgestimmte Geld- und Kreditpolitik zu vereinbaren. Der Zeitpunkt, wann es zu einer solchen Abstimmung kommt, ist bis heute offen. Die gegenwärtig überall im Rubel-Raum sehr hohe Inflation steht diesem währungspolitischen Ziel entgegen.

Noch schlechter sind heute die Chancen, die Konvertibilität des Rubels einzuführen. Dies gilt sowohl für die volle, uneingeschränkte Konvertibilität, aber auch für die Inländer-Konvertibilität im Bereich der Leistungsbilanz-Operationen. Um die — volle oder beschränkte — Austauschbarkeit des Rubels zu erreichen, müssen vorerst umfassende Reformen verwirklicht werden, z.B. müssen „harte Budgetrestriktionen“ für Unternehmen ebenso durchgesetzt werden wie eine solide Finanzierung der öffentlichen Haushalte, und die Wirtschaft muß auf einen Stabilitätskurs zurückfinden. Es ist zweifelhaft, ob es der russischen Wirtschaftspolitik gelingt, diese Voraussetzungen für eine volle Konvertibilität des Rubels in den nächsten zwei bis drei Jahren zu schaffen.

⁷ Vgl. Rossijskaja gazeta vom 3. Juli 1992.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktm Modelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bader. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. DM 72,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1991. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau. —
Rußland: Schwieriger außenwirtschaftlicher Neubeginn. Bearbeitet von Heinrich Machowski.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten